



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/169 - 27. Juli 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

In Erwartung der Deutschlandklärung	S. 1
Die italienischen Sozialisten und die Ratifizierung der Eurogaverträge	S. 3
Aus der Sudelküche der CDU-Wahlpropaganda	S. 5
Zum Thema: "Revisionsklausel"	S. 7
Die Antwort des Kardinals	S. 8

In Erwartung der Deutschlandklärung

sp- Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die Westmächte gemeinsam mit der Regierung der Bundesrepublik eine Erklärung zum Deutschlandproblem veröffentlichen wollen. Begrüßenswert ist es auch, dass diese Erklärung in Berlin abgegeben wird, in jener Stadt, die in der freien Welt als der Vorposten der Freiheit gilt.

Die für Montag angekündigte Erklärung soll das Ergebnis der Arbeiten jener Studiengruppe sein, die im April dieses Jahres in Washington zusammentrat, und an der Vertreter der USA, Frankreichs, Englands und der Bundesrepublik beteiligt sind. Wie inzwischen bekannt geworden ist, war sich diese Arbeitsgruppe vom ersten Tage ihrer Verhandlungen an darüber einig, keinen neuen Plan und keinen neuen Vorschlag für die Wiedervereinigung Deutschlands auszuarbeiten zu wollen. Ihre Aufgabe bestand vielmehr in der Zusammenfassung aller bisher von den Westmächten zum Deutschlandproblem bei den verschiedensten Gelegenheiten gemachten Vorschläge. So ist es denn auch nicht erstaunlich, dass im Bonner Außenministerium bereits Freitag abend erklärt wurde, man dürfe in Berlin nicht die Vorlage eines neuen Planes erwarten. Das Außenministerium in Bonn dürfte also genügend Gründe haben, um schon jetzt vor Illusionen über die ^{zu} erwartende Deutschlandklärung zu warnen.

In den letzten Tagen hat man in gut informierten Kreisen darüber zu berichten gewusst, dass die westliche Viermächte-Arbeitsgruppe im Verlauf ihrer Verhandlungen auch einmal die Absicht gehabt haben soll, die Probleme kollektives Sicherheitssystem und Inspektionszone in Europa zu erörtern. Es sei - so wird angedeutet - bis heute noch nicht geklärt, auf wessen Intervention dieses Zentralproblem der Deutschlandfrage -2-

von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Am Montag wird sich erweisen, ob man sich tatsächlich damit begnügt hat, alte und bei früheren internationalen Konferenzen beiseite gelegte Vorschläge zu wiederholen, oder ob man wenigstens versucht hat, neue Vorschläge in die Deutschlanderklärung der Westmächte einzubauen. Wenn es richtig ist, dass die Deutschlanderklärung den Hinweis auf die gemeinsame Verpflichtung der vier Siegermächte für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands enthält, - so ist ebenfalls berichtet worden - würde dies zwar keiner Fortschritt, aber immerhin eine Bekräftigung jenes Standpunktes darstellen, der seit jeher von der deutschen Sozialdemokratie eingenommen wird. Allerdings, und das muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden, enthebt eine solche Bekräftigung die Bundesregierung nicht von der Verpflichtung, eine eigene Initiative in der Frage der deutschen Wiedervereinigung zu entfalten.

Wenn also die Deutschlanderklärung der Westmächte tatsächlich keine neuen Vorschläge enthält, dann muss man sich unwillkürlich fragen, warum gewisse Bonner Stellen die propagandistische Vorbereitung der Veröffentlichung jener Erklärung so ausserordentlich sorgfältig vorgenommen haben. Schliesslich braucht man für eine Sache, die in gewissem Sinne bereits abgestanden ist, keine besondere Propaganda zu machen. Diese Frage wird einfacher zu beantworten sein, wenn am Montag der Text der Erklärung vorliegen wird. Im Interesse der deutschen Sache wäre es wünschenswert, wenn jene Unrecht behielten, die der Vermutung Ausdruck gegeben haben, dass die Erklärung schon seit Wochen fertig ist, dass man sie aber erst jetzt herausgibt.

Noch eine andere Frage taucht hierbei auf. Das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands ist - der Bundestag hat es mehrfach einstimmig zum Ausdruck gebracht - das Problem Nr. 1 der deutschen Politik und der europäischen Sicherheit. In anderen demokratischen Staaten hätte man gewiss unter diesen Umständen vor Herausgabe einer Deutschlanderklärung auch die Meinung der Opposition entweder erforscht, oder sogar bei den Vorarbeiten mit eingebaut.

Das ist wieder einmal nicht geschehen, was weiter nicht verwunderlich ist, wenn man sich daran erinnert, dass der Bundeskanzler noch vor kurzem erklärte, er kenne die Vorstellungen der Opposition bzw. der Sozialdemokratie zur Wiedervereinigung Deutschlands nicht und er fordere die Sozialdemokratie auf, "doch an irgendeiner Stelle mir zu zeigen, wo sie ein wirkliches Programm für die Wiedervereinigung aufgestellt haben".

Unter diesen Umständen kann die angekündigte Deutschlanderklärung wiederum auch weiter nichts sein als die Proklamation einer Politik, die uns in der Frage der Wiedervereinigung keinen Schritt voran gebracht hat. Das ist bedauerlich, denn die Sache der deutschen Wiedervereinigung ist einer besseren Aktion würdig.

Nenni setzt sich durch

F.E. Rom, Ende Juli

"Ich habe gekämpft und habe gesiegt", erklärte Pietro Nenni hochbefriedigt einem Kreis von Freunden, nachdem die Sitzung des Sozialistischen Zentralkomités zu Ende gegangen war, auf der seine Anträge mit grosser Stimmenmehrheit angenommen worden waren. Und genau so zufrieden wie der Führer der italienischen Sozialistenpartei waren auch Sozialdemokraten, Republikaner und selbst die Wortführer der Democrazia Cristiana. Ja, mehr noch, die gesamte öffentliche Meinung, mit Ausnahme der kommunistischen und der kryptokommunistischen Presse, erblickt in diesem Ereignis einen wichtigen Wendepunkt und den Beginn einer neuen politischen Ära in Italien.

Es handelt sich um die Stellungnahme der sozialistischen Parlamentsfraktion zu den Verträgen über den Gemeinsamen Markt und das Euratom-Projekt, deren Ratifizierung in diesen Tagen vor die beiden Kammern gelangt. Über die positive Haltung sämtlicher bürgerlicher Parteien zu diesen Vertragswerken bestand seit langem kein Zweifel, und auch die Sozialdemokraten Saragats hatten beschlossen, die Ratifizierung zu bejahen. Damit war die parlamentarische Mehrheit für die Verträge im vorhinein gesichert.

Dennoch war es von grosser prinzipieller Wichtigkeit, ob Linkssozialisten und Kommunisten auch diesmal wieder, wie schon so oft, zuvor in aussenpolitischen Fragen, in ihrer Ablehnung der Regierungsvorlagen solidarisch sein würden, oder ob die Sozialisten, unabhängig von den Kommunisten, ihren eigenen Weg gehen würden.

Nenni hatte keinen Zweifel darüber gelassen, dass er es für verfehlt halte, unter den gegenwärtigen Verhältnissen weiter um jeden Preis Opposition zu betreiben; die Frage war nur, ob es ihm gelingen werde, sich innerhalb des Zentralkomités auch wirklich durchzusetzen. Unterlag Nenni in diesem Falle, so war daraus zu folgern, dass auf lange Zeit hinaus mit einer Befreiung der italie-

nischen Sozialistenpartei vom Gängelband Togliattis nicht gerechnet werden konnte, was ein unüberwindliches Hindernis für die Wiedervereinigung mit den Sozialdemokraten wie auch für die kürzlich von Fanfani ventilierter Zusammenarbeit mit der Democrazia Cristiana darstellen musste.

Aber Nenni hat sich, wie die Ereignisse gezeigt haben, diesmal erfolgreich durchgesetzt. Mit 59 Ja - gegen 13 Neinstimmen hat das Zentralkomitee auf Nennis Antrag hin den Beschluss gefasst, dass die sozialistischen Abgeordneten sich bei der Abstimmung über den Gemeinsamen Markt der Stimme enthalten werden. Bei der Abstimmung über das Euratom-Projekt werden die Sozialisten sogar mit "Ja" stimmen. Somit finden sich die Kommunisten mit ihrer Ablehnung der beiden Vertragswerke völlig isoliert, was im Laufe der letzten zehn Jahre im italienischen Parlament, wenn es sich um Fragen von aussenpolitischer Bedeutung handelte, noch nie vorgekommen ist.

Kein Wunder, wenn Saragat, der Führer der Sozialdemokraten, beim Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses im sozialistischen Zentralkomitee hocherfreut ausrief: "Er, (Nenni) hat's geschafft! Das freut mich umso mehr, als sich gerade in den Fragen der Europa-politik die bereits bestehenden Kontraste zwischen Kommunisten und Nenni-Sozialisten unausweichlich weiter verschärfen werden". Ministerpräsident Zoli aber erklärte bei diesem Anlass: "Nenni hat einen grossen Schritt nach vorwärts getan - das muss man zur Kenntnis nehmen!"

Wütend sind einzig die Kommunisten, die sich beharrlich für eine Ablehnung der Europa-Verträge eingesetzt haben, ohne dass es ihnen freilich gelungen wäre, hierfür überzeugende sachliche Argumente vorzubringen. Dass sie diesmal mit diesem ihrem sturen Kampf gegen den europäischen Wirtschaftsaufbau allein geblieben sind, da ihnen die Sozialisten Nennis hierbei die Gefolgschaft versagt haben, ist ohne Zweifel ein Symptom von nicht geringer Bedeutung.

Entstellung - die belichteste Methode

K - Nach der von Dr. Adenauer in Bamberg ausgegebenen Wahlkampfparole müht sich die regierungsfreundliche Presse, um jeden Preis die "Christentumsfeindlichkeit" der Sozialdemokratie nachzuweisen. Eine Anzahl der Zeitungen, die sich besonders christlich gebärden, scheut nicht einmal vor Verleumdungen zurück und entstellt bewusst Äusserungen von massgebenden Sozialdemokraten, indem sie Worte oder Sätze aus dem ursächlichen Zusammenhang herausreisst. Ein besonders eklatantes Beispiel, das trotz unserer auch abgedruckten Berichtigungsfordernngen immer wieder serviert wird, sind Ausführungen des ehemaligen Land- und jetzigen Bundestagsabgeordneten Heinz Kühn, die er vor dem nordrhein-westfälischen Landtag am 1. April 1952 gemacht hat. Die Schützenshelfer des Kanzlers bringen, teilweise sogar entstellt, folgenden Satz: "Aber nun kein Missverständnis: Die Sozialdemokratische Partei ist keine christliche Partei."

Dieser aus dem Zusammenhang herausgerissene Satz gefällt nicht nur, er passt genau zur Adenauerschen Wahllinie. Heinz Kühn hat aber gemäss Landtagsprotokoll weiter erklärt:

"Aber, bilden Sie von der CDU und Zentrum sich deshalb nicht ein, dass Sie eine wären! So christlich, wie grosse Parteien zu sein behaupten, sind wir auch".

Anschliessend machte er damals darauf aufmerksam, dass es leicht zu einem Verhängnis für die Kirche selbst werden kann, wenn man die faktisch unchristliche weltliche Machtpolitik gewisser Parteien dauernd mit dem deklamatorischen Pathos der Christlichkeit bemäntelt.

Ein anderes Beispiel für die Verlogenheit der CDU-Propaganda. In den letzten Tagen und Wochen taucht gelegentlich die Mär auf, "128 Bundestagsabgeordnete der SPD sind Freidenker, sind gottlos und Feinde des Christentums, da sie nicht in der Lage sind, Angaben über ihre Konfessionszugehörigkeit zu machen". Es ist diesen Schreibern nicht aufgefallen, dass von den ehemals 53 FDP-Bundestagsabge-

ordneten 31 und von BHE von 28 Abgeordneten 24 ebenfalls keine Konfessionsangabe gemacht haben. Sie sollten wissen, was Grundgesetz und Weimarer Verfassung, auf die sich das Grundgesetz in diesem Falle bezieht, im § 136, Abs. 3 sagen:

"Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur so weit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert."

Die SPD stellt es ihren Abgeordneten frei, Angaben über ihre Konfessionszugehörigkeit zu machen oder nicht. Nach unserer Auffassung dient eine Herausstellung der Religionsangabe nicht nur der weiteren Vertiefung der Aufspaltung unseres Volkes in zwei konfessionelle Lager, vor allem vielmehr auch einer unzulässigen Verquickung von Politik und Religion.

Es ist tief bedauerlich und gewiss nicht dem religiösen Frieden dienlich, wenn sich nun sogar auch Disturbiertter an der infamen Hetze gegen die deutsche Sozialdemokratie beteiligen. So war im Kirchenblatt der Diözese Eichstätt, "St. Willibalds-Bote", Ausgabe Nr. 29, wörtlich zu lesen:

"Jeder Deutsche und jeder Europäer weiss, dass die SED in der Sowjetzone aus der SPD hervorgegangen ist."

Diese Geschichtsfälschung ist wohl kaum mehr zu überbieten, sie schlägt ihren Urhebern ins Gesicht.

Viele der Regierung nahestehenden Zeitungen behaupten auch, die SPD sei immer vor Wahlen bestrebt "christliches Make-up" aufzuloggen, um es dann nach der Wahl schnell wieder als "lästigen Ausländer" auszuweisen. Es ist den so eifrig in Archiven und Statistiken Suchenden leider entgangen, dass von insgesamt vier evangelischen Pfarrern im Bundestag drei Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind. Und diese Sprache der Tatsachen ist eine andere Sprache als die der böswilligen Schützenhelfer Konrad Adenauers.

CDU rennt offene Türen ein

F. B. Der Bundeskanzler und die CDU haben in den letzten Tagen einen neuen Popanz erfunden, den sie als "sozialdemokratische Politik" ausgeben und deshalb glauben, bekämpfen zu können. Dr. Adenauer stellte in Gummersbach triumphierend fest, dass es im Gegensatz zur sozialdemokratischen Auffassung im NATO-Vertrag keine Revisionsklausel gäbe, und die CDU machte wie immer gleich einen doppelten Salto und sprach vom "Zusammenbruch der sozialdemokratischen ausserpolitischen Konzeption".

Keiner dieser Herren hat sich jedoch der Mühe unterzogen, mitzuteilen, wann und wo die SPD von einer Revisionsklausel im NATO-Vertrag gesprochen hat. Die SPD kennt schliesslich die Verträge und weiss selbst, dass es eine Revisionsklausel nur in Artikel 10 des Vertrages "Änderung zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten", auch General- oder Deutschlandvertrag genannt, gibt.

Was würden die Sozialdemokraten aber wirklich tun, wenn sie in der Regierungsverantwortung die Politik zu bestimmen hätten? Dazu ist eine Vorbemerkung notwendig, damit es auch dem Naivsten und Böswilligsten klar wird. Es war niemals Grundlage sozialdemokratischer Politik, den Austritt aus der NATO für die Bundesrepublik als Vorleistung zu fordern. Tatsächlich würde die SPD, vorausgesetzt an der internationalen Situation hätte sich bis dahin nichts grundlegendes geändert, allen vier für die Wiedervereinigung verantwortlichen Mächten ihren Plan der Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit zuleiten und sie ersuchen, darüber in Verhandlung einzutreten. Niemand kann heute sagen, wie solche Verhandlungen ausgehen würden. Aber gesetzt den Fall, dass man sich über die Wiedervereinigung und ein europäisches Sicherheitssystem einigt, dann ist eine politische Entscheidung gefallen, die grundlegend neue Verhältnisse schafft. Der sozialdemokratische Wiedervereinigungsplan und das von der SPD vorgeschlagene europäische Sicherheitssystem sehen im Falle der Wiedervereinigung vor, dass die Vertragspartner dann der Bundesrepublik den Austritt aus der NATO gestatten sollen, weil dann eben die Sicherheit durch das europäische Sicherheitssystem gewährleistet wird.

Kommt eine politische Einigung aller vier Mächte darüber zustande, dann ist die Frage der Revision des bestehenden Vertragszustandes der Bundesrepublik eine zweitrangige technische Frage geworden. In diesem Falle würde man dann zweckmässigerweise und formell auf den Artikel 10 des Generalvertrages zurückgreifen können.

Diese Auffassung hat die Sozialdemokratie seit jehar vertreten und es ist deshalb völlig unerfindlich, warum man jetzt gegen Argumente polemisiert, die niemals sozialdemokratische gewesen sind. Die CDU rennt also wieder einmal offene Türen ein.

Die katholische Kirche und der DGB

sp. Über hundert führende katholische Persönlichkeiten, die an sichtbarer Stelle im Deutschen Gewerkschaftsbund tätig sind, an ihrer Spitze der stellvertretende DGB-Vorsitzende Bernhard Tacke, hatten vor einiger Zeit an den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Erzbischof Frings drei Fragen gerichtet. Sie lauten:

Ist es den Katholiken verboten, einer der DGB-Gewerkschaften anzugehören?

Ist es den Katholiken verboten, Funktionär des DGB oder einer der ihn bildenden Gewerkschaften zu sein?

Ist es den Katholiken verboten, eine Bundesschule des DGB, die Schule einer Gewerkschaft des DGB, die Sozialakademie in Dortmund oder die Akademie der Arbeit in Frankfurt zu besuchen oder an ihnen zu lehren?

Ausgangspunkt dieser Fragen war eine Erklärung der katholischen Bischöfe, die sich gegen den DGB wandte und für die "Christliche Gewerkschaftsbewegung", eine unbedeutende Splitterorganisation, aussprach. Es fehlte nicht an Versuchen, Männer, die seit einem Jahrzehnt in der gewerkschaftlichen Einheitsbewegung stehen, zum Austritt aus ihrer Gewerkschaft und gleichzeitig zum Beitritt zur "christlichen Gewerkschaft" zu bewegen. In vielen Orten erfolgten die oft mit Drehungen unternommenen Versuche in Rahmen gezielter Aktionen; der Erfolg blieb zwar aus, immerhin verursachten sie Unruhe in der katholischen Arbeiterschaft und brachten manchen Gewerkschaftsfunktionär in Gewissensnot.

In dieser Lage wandten sich katholische Gewerkschaftsfunktionäre an den Kölner Kardinal. Die Antwort des Kardinals, soweit sie durch die Tagespresse veröffentlicht wurde, rät den Katholiken, "wo auch immer sie organisiert seien", sich nicht gegenseitig zu verunglimpfen. Dazu mag vielleicht auch noch die Tatsache eine Rolle gespielt haben, dass bisher alle Bemühungen kirchlicher Stellen, die CGD aufzupäppeln, fruchtlos blieben. Selbst grosse finanzielle Unterstützungen aus dem Ausland - es wurden in diesem Zusammenhang Millionenbeträge genannt - vermochten der CGD keinen Lebensodem einzuhauchen. Sie kam über einige wenige tausend Mitglieder nie hinaus. Die Schaffung von Spaltungsgewerkschaften findet in der deutschen Arbeitnehmerschaft keinen Widerhall. Als Produkt bitterer Erfahrungen ist der gewerkschaftliche Einheitsgedanke Allgemeinut der Arbeitsskner aller Konfessionen geworden - auch eine grosse Minderheit der christlichen Gewerkschaften Frankreichs nähert sich dieser Auffassung. Der zurückhaltende Brief des Kardinals trägt diesem unbestreitbaren Politikum Rechnung.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel